

INFORMATIONEN

zur Wirtschaftsentwicklung
und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-
GmbH, Frankfurt/Main

Nr. 1/1986 – März

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Belebung der Produktion hat sich im Jahr 1985 und in den letzten Monaten weiter fortgesetzt. Die kapitalistische Weltwirtschaft tritt in das vierte Jahr einer zyklischen Aufwärtsentwicklung ein. Allerdings hat sich das Expansions-tempo deutlich verlangsamt, der Zuwachs des Sozialprodukts in den kapitalistischen Ländern hat sich von etwa fünf Prozent 1984 auf 2,5 Prozent 1985 halbiert. Während sich das ohnehin recht schwache Wirtschaftswachstum in den westeuropäischen Ländern nur wenig verlangsamt hat, sind die Zuwachsraten vor allem in den USA, aber auch in Japan deutlich zurückgegangen. Die Situation in den Ländern der Dritten Welt ist sehr unterschiedlich. Es bleibt aber festzustellen, daß die kapitalistische Weltwirtschaft von 1980/82 dort erst 1984 ansatzweise überwunden werden konnte. Zur Zeit wachsen die Schwierigkeiten in einigen lateinamerikanischen Ländern wie Mexiko, auch einige der als besonders dynamisch gerühmten Staaten Südostasiens haben mit Krisenerscheinungen zu kämpfen.

In der Bundesrepublik hat sich das Brutto-sozialprodukt mit zweieinhalb Prozent nicht stärker erhöht als 1984. Doch bleibt die Dynamik der Belebung gemessen an allen vorangegangenen zyklischen Aufschwungsphasen schwach. Sie reicht vor allem nicht aus, um die hohe Arbeitslosigkeit auf längere Sicht reduzieren zu können. Dafür wäre ein überzyklisches Wachstum von deutlich über zweieinhalb Prozent im Jahresdurchschnitt erforderlich. Aber selbst bei Einbeziehung der relativ optimistischen Prognosen für 1986 errechnet sich für den Konjunkturzyklus 1982 bis 1986 nur ein Wachstumtempo von jährlich 1,7 Prozent, die schwächste Zuwachsrate in der Geschichte der Bundesrepublik.

Getragen wurde die Belebung der Produktion weiterhin vom kräftigen expandierenden Export. Allerdings haben sich die Auslandsaufträge seit der Jahresmitte 1985 etwas abgeschwächt, während die Inlandsaufträge etwas angewachsen sind.

Im Inland hat der Konsum seit der Jahresmitte zugenommen, allerdings immer

noch schwächer als die Gesamtproduktion. Außerdem expandieren die Ausrüstungsinvestitionen außerordentlich kräftig, vor allem in der Industrie. Der Auslastungsgrad der Kapazitäten ist Ende 1985 auf 85,2 Prozent gestiegen und hat damit den Höchststand vor der letzten Krise Anfang 1980 erreicht. Dagegen sind die Bauinvestitionen 1985 stark zurückgegangen, vor allem im Wohnungsbau.

Während einige Investitionsgüterbereiche der Industrie sprunghafte Produktionszunahmen verzeichnen konnten – Elektroindustrie, Maschinenbau, Automobilindustrie – verharren andere Bereiche auf einem krisenhaft gedrückten Niveau. Neben der Bauwirtschaft gilt dies für die Bekleidungsindustrie, die Werften, die Mineralölindustrie und auch den Stahlbereich.

Die außerordentlich dynamische Gewinnentwicklung hat sich allerdings unvermindert fortgesetzt und soll sich nach den vorliegenden Prognosen 1986 nochmals verstärken. Die „Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ werden demnach 1986 um etwa 100 Milliarden DM oder 60 Prozent höher sein als 1981, die Unternehmer können dann auf einen fünfjährigen ununterbrochenen kräftigen Gewinnanstieg blicken, dessen Tempo von jährlich fast zehn Prozent damit die kräftigste und längste Gewinnaufschwungsperiode seit den fünfziger Jahren kennzeichnet.

Demgegenüber sind die Reallöhne, d.h. die Nettoealeinkommen je Beschäftigten, auch 1985 nochmals leicht gesunken, das sechste Jahr mit Reallohneinbußen. Erst in der zweiten Jahreshälfte 1985 hat sich dieser Trend verschoben. Für 1986 ist erstmals seit 1979 wieder mit einem merklichen Reallohnanstieg zu rechnen, eine Folge der rohstoffpreisbedingten niedrigen Inflationsrate, der Steuerreform und der offensichtlich günstigeren Tarifabschlüsse. Trotzdem wird die Umverteilung zugunsten der Gewinne weitergehen, diese sollen nach den vorliegenden Prognosen auch 1986 doppelt so schnell steigen wie die Löhne.

Die Arbeitslosigkeit ist 1985 – gemessen an den registrierten Ziffern – entgegen

den regierungsamtlichen Prognosen nochmals gestiegen. Bei Einschluß der „Stillen Reserve“ errechnet sich eine gegenüber dem Vorjahr unveränderte Arbeitslosigkeit von etwa 3,6 Millionen. Trotzdem ist die Beschäftigung erstmals seit 1980 wieder merklich gestiegen.

Eine sehr wichtige Ursache der Beschäftigungsausweitung ist die Wochenarbeitszeitverkürzung, die 1985 für etwa vier Millionen und 1986 für weitere zweieinhalb Millionen wirksam geworden ist. Das wissenschaftliche Institut der Bundesanstalt für Arbeit, das IAB, mißt der Arbeitszeitverkürzung einen erheblichen Beschäftigungseffekt bei. Eine Analyse der Entwicklung der Arbeitsproduktivität macht deutlich, daß die Wochenarbeitszeitverkürzung nahezu voll beschäftigungswirksam geworden ist: Auf der Grundlage der IAB-Angaben errechnet sich für 1985 ein Beschäftigungseffekt von um 13000 Personen, für 1986 nochmals von 110000. Die Entwicklung hat jedenfalls in aller Klarheit bestätigt, daß die Wochenarbeitszeitverkürzung das bei weitem beschäftigungspolitische Instrument ist.

INHALT

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft
- 1.2 Sozialprodukt
- 1.3 Produktion
- 1.4 Investitionen
- 1.5 Außenwirtschaft

2 Unternehmergewinne und Konzentration

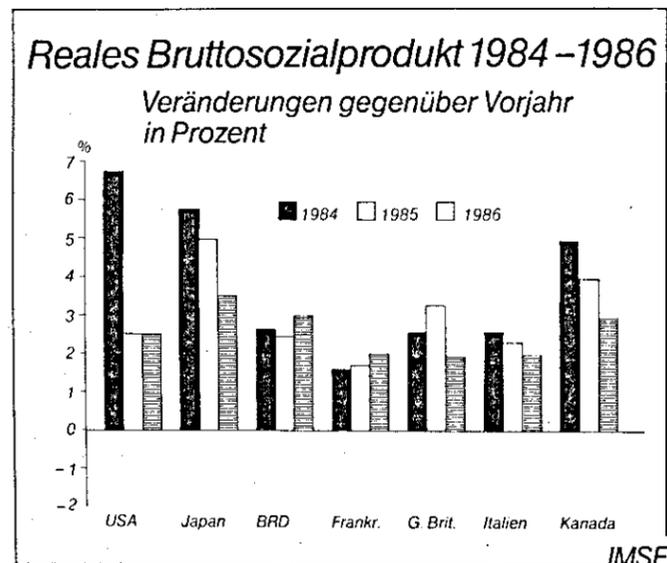
- 2.1 Unternehmergewinne
- 2.2 Konzentration
- 2.3 Die Aktienbörse

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Preise
- 3.3 Einkommensverteilung
- 3.4 Arbeitskämpfe 1985/86
- 3.5 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft

Nach dem Wachstumsjahr 1984 kehrt die kapitalistische Weltwirtschaft wieder auf ihren fast traditionellen Pfad von weniger als 3 Prozent in den Jahren 1985 und 1986 zurück (Zuwachsraten des Bruttosozialprodukts zu konstanten Preisen von 2,8 bzw. 2,5 Prozent für die entwickelten kapitalistischen Länder insgesamt). Langfristig gesehen läßt sich folgendes feststellen: Während zwischen 1960 und 1973 die Zuwachsraten des BSP in der kapitalistischen Welt real nie unter die 3-Prozent-Marke fielen, die als Stagnationsmerkmal galt, wurde diese Marke in den darauffolgenden dreizehn Jahren nur fünfmal überschritten. Wie aus der Abbildung hervorgeht, zeigt sich eine konvergierende Entwicklung der sieben größten kapitalistischen Länder, indem die prosperierenden Länder (USA, Japan und Kanada) ihr Wachstum verlangsamen und die stagnierenden europäischen Länder etwas aufholen.



Bürgerlichen Kommentatoren zufolge geht die Stagnationstendenz auf den in fast allen Ländern herrschenden wirtschaftspolitischen Kurs zurück: „Die restriktive Währungspolitik, die sich in hohen realen Zinssätzen äußert, hat Hand in Hand mit der strengen Haushaltspolitik, die nach wie vor von einigen der größten Länder praktiziert wird, seit dem zweiten Ölschock zu Zuwachsraten geführt, die weit unter den potentiellen liegen. Die meßbare ‚Wachstumslücke‘ hat sich vergrößert. Sie wird sich in den nächsten Jahren nicht schließen – ja sie wird nicht einmal schrumpfen, wenn die Wirtschaftspolitik auf ihren gegenwärtigen Zielen eines mäßigen Wachstums beharrt“ (Morgan Guaranty Trust Company, „World Financial Markets“, Dezember 1985, S. 1).

Die nordamerikanische Bank weist darauf hin, daß die reale Wachstumsrate der sieben größten kapitalistischen Länder auf 2,2 Prozent jährlich 1980-1985 zurückgefallen ist, nachdem sie in den siebziger Jahren 3,6 Prozent und in den sechziger Jahren 5,7 Prozent betrug. Die sogenannte Wachstumslücke, d. h. der Unterschied zwischen der potentiellen und der tatsächlichen Expansion des BSP, hat sich in den achtziger Jahren so ausgedehnt, daß sie 1985 zwischen 6 Prozent für die USA und 13 Prozent für die BRD und Frankreich lag.

Die dämpfende Tendenz tritt insbesondere bei der Industrieproduktion zutage. In den USA sanken die Zuwachsraten von mehr als 10 Prozent im Jahre 1984 auf 1,5 Prozent in dem letzten Quartal 1985 und nahmen im Laufe des Vorjahres in Japan deutlich ab. Nur in der BRD und in Großbritannien war die Zunahme des Industrieangebots merklich höher als 1984, was jedoch für die BRD den statistischen Auswirkungen der Arbeitskämpfe im zweiten Vierteljahr 1984 zuzuschreiben ist.

Für die entwickelten kapitalistischen Länder insgesamt liegt die Inflationsrate, auf der Basis der Lebenshaltungskosten, weiterhin um die 5-Prozent-Marke. Die Entwicklung der Verbraucherpreise in den entwickelten kapitalistischen Ländern wird vom Preisverlauf

Veränderung der Industrieproduktion 1984-1985 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1984		1985 ¹			
	Jahr ²	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj. ²	
USA	10,7	2,2	3,8	2,2	1,1	1,5
Japan	10,9	5,0	6,2	6,3	4,7	2,0
BRD	3,4	5,5	4,0	9,5	5,0	3,5
Frankreich	2,7	0,7	-1,0	1,0	1,0	2,5
Großbritannien	0,9	4,5	1,7	5,8	5,4	5,5
Italien	3,4	2,0	2,3	2,1	-0,4	2,0
Kanada	8,5	4,5	3,9	4,2	3,9	5,5

1 Saisonbereinigte Angaben für die Vierteljahre
2 Vorläufige Zahlen
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, lfd.)

der Primärprodukte begünstigt. Auf dem Weltmarkt sind die Notierungen für diese Produkte 1985 um 4 Prozent insgesamt zurückgegangen. Was den Erdölpreis anbelangt, gingen die Prognosen der OECD von einer leichten Abnahme um durchschnittlich 1,5 Prozent in diesem Jahr aus, aber der regelrechte Verfall des Erdölpreises in den ersten Monaten läßt darauf schließen, daß der tatsächliche Rückgang viel größer sein wird.

Veränderung der Lebenshaltungskosten 1984-1985 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1984		1985			
	Jahr ¹	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj. ¹	
USA	3,4	3,5	3,6	4,0	3,1	3,3
Japan	2,3	2,1	2,1	2,0	2,1	2,1
BRD	2,4	2,2	2,4	2,5	2,2	1,8
Frankreich	7,4	5,8	6,5	6,4	5,7	4,8
Großbritannien	4,7	5,3	4,8	5,5	5,5	5,2
Italien	10,6	8,6	8,6	8,8	8,5	8,6
Kanada	4,3	4,0	3,8	3,9	3,9	4,3

1 Vorläufige Zahlen
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, lfd.)

Auf dem Arbeitsmarkt zeichnet sich wieder ein Anstieg der Arbeitslosigkeit ab: Die Zahl der Erwerbslosen in den entwickelten kapitalistischen Ländern steigt wieder und soll 1986 über 31 Millionen liegen, was einer Arbeitslosenquote von knapp 9 Prozent entspricht. Aus der Tabelle geht hervor, daß die Arbeitslosigkeit in den sieben größten kapitalistischen Ländern insgesamt 1985 nach drei Jahren Wiederaufschwung der Wirtschaft nicht unter das Niveau des Krisenjahres 1982 sinkt.

Arbeitslosigkeit 1982-1985 in 1000 in den größten kapitalistischen Ländern

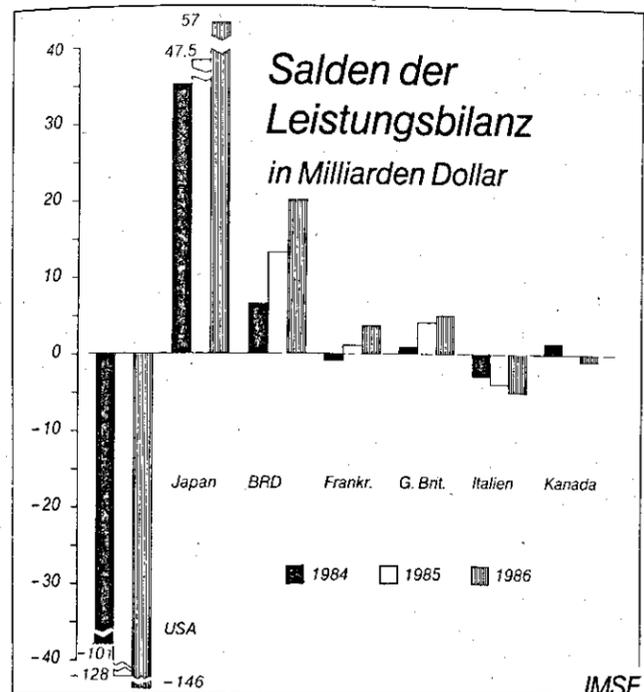
	1982	1983	1984 ¹		1985 ¹	
			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj. ¹
USA	10678	10717	8681	8340	8421	8200
Japan	2800	3100	3200	3200	3000	3300
BRD	1833	2258	2255	2278	2317	2300
Frankreich	2008	2041	2249	2369	2413	2350
Großbritannien	2793	2970	3012	3024	3157	3200
Italien	2068	2278	2531	2354	2401	2500
Kanada	1310	1448	1395	1394	1368	1300
Zusammen	23490	24812	23323	23019	23077	23150

1 Saisonbereinigte Angaben für die Vierteljahre
2 Vorläufige Zahlen
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, lfd.)

Warum bleibt die Arbeitslosigkeit so hoch? Einer weitverbreiteten Ansicht der bürgerlichen Nationalökonomien zufolge erklärt sich das mit der sogenannten natürlichen Arbeitslosenquote, die sich im Laufe der Jahre stark erhöht habe. Lag sie zum Beispiel 1966-1970 bei 1,2 Prozent der Erwerbspersonen in der BRD, 2,2 Prozent in Frankreich und Großbritannien und 4,6 Prozent in Italien, so stieg sie 1981-1983 auf 5,3, 6,9, 9,5 und 7,7 Prozent für die vier erwähnten Länder. Wenn zum Beispiel die Arbeitslosenquote 1981-1983 im Durchschnitt 6,2 Prozent in der BRD betrug, so war das grundsätzlich darauf zurückzuführen, daß die „natürliche“ Arbeitslosenquote inzwischen von 1,2 Prozent 1966-1970 auf 5,3 Pro-

zent gestiegen war! Ein anderes Beispiel: Warum sollte die Arbeitslosenquote von 12 Prozent in Großbritannien bedenklich erscheinen, wenn die „natürliche“ Quote bei 9,5 Prozent liegt?

Auf der Ebene der internationalen Wirtschaftsbeziehungen ragt weiterhin der Fehlbetrag der US-Leistungsbilanz heraus: Trotz der inzwischen eingetretenen Abwertung des Dollars soll er 1986 auf etwa 150 Milliarden Dollar klettern. Die starke Überschubposition Japans und der BRD dürfte sich auf 57 bzw. 20 Milliarden weiter ausbauen.



Der enorme Passivsaldo der US-Leistungsbilanz ist fast ausschließlich der Handelsbilanz zuzuschreiben. Die US-Industriellen glauben, daß sie aufgrund der unfairen Handelspraktiken der übrigen Länder und der Überwertung des Dollars im internationalen Wettbewerb benachteiligt sind. In Wahrheit sind die US-Behörden selbst der Ansicht, daß nur knapp 10 Prozent des Defizits auf unfaire Methoden der Handelspartner zurückzuführen seien. Sie schreiben die schlechte Leistung der US-Wirtschaft auf den Weltmärkten weitgehend – zu 50 bis 80 Prozent – der Überwertung des Dollars zu. Diese Behauptung läßt sich leicht widerlegen: Wenn man das Jahr 1976 zugrunde legt (als es zu einem starken Verfall des Dollarkurses kam, der bis 1980 anhielt) und die Entwicklung des Außenwertes des Dollars, des Yens und der DM zwischen diesem Jahr und 1984 mit der Entwicklung des Außenhandels mit Maschinen und Fahrzeugen (Bereiche, wo der vielgepriesene technologische Innovationsgrad sich konzentriert) vergleicht, ist es kaum möglich, einen Zusammenhang zwischen der Überwertung des Dollars und dem Handelsdefizit der USA herzustellen.

Zwischen 1976 und 1984 ist der Außenwert des Dollars um 16 Prozent gestiegen, während der des Yens und der DM mit 46 bzw. 23 Prozent in weitaus höherem Maße zugenommen hat. Während der Aktivsaldo bei den Maschinen und Fahrzeugen in demselben Zeitraum von 35 auf 107 Milliarden Dollar für Japan und von 32 auf 51 Milliarden für die BRD angestiegen ist, ist der 1976 erzielte Überschub von 20 Milliarden für die USA im Jahre 1984 in einen Fehlbetrag in Höhe von 29 Milliarden Dollar umgeschlagen.

Auf den Devisenmärkten herrscht inzwischen eine Dollarbaisse, aber genau wie die Dollarhaushalte hat diese wenig mit dem Verlauf der wirtschaftlichen und finanziellen Faktoren zu tun, sondern eher mit dem Vertrauen und Spekulationsgerüchten an den Devisenmärkten. Die zwei in der Entwicklung und in der Perspektive als entscheidend betrachteten Größen, nämlich der Leistungsbilanzfehlbetrag und das Bundeshaushaltsdefizit der USA, haben sich zwischen 1984 und 1986 nicht wesentlich verändert. Aber zwischen dem Weltgipfel der sieben größten kapitalistischen Länder im Juni 1984 und Mai 1985 stieg der Dollarkurs um 12,5 bzw. 10 Prozent

der DM bzw. dem Yen gegenüber; ab Mai 1985 bis zum Gipfel der fünf am 22. September sank der Dollarkurs um etwa 5 Prozent gegenüber den zwei genannten Währungen. Nach diesem Treffen, auf dem die US-Regierung zugeben mußte, daß ihre Wirtschaft international sehr geschwächt ist, kam es zu einem regelrechten Vertrauensschwung bei den berüchtigten Marktkräften, so daß der Dollar sich innerhalb von etwa fünf Monaten um ca. 20 Prozent gegenüber den erwähnten Währungen abgewertet hat.

1.2 Sozialprodukt

Das Bruttosozialprodukt (BSP) der Bundesrepublik, also die Summe der jährlich erstellten Güter und Leistungen – ein zwar ungenügender, aber doch üblicher Maßstab der wirtschaftlichen Leistung eines Landes –, hat sich 1985 um 2,5 Prozent erhöht, also ähnlich stark wie im Jahre 1984. Für das laufende Jahr wird wiederum eine Wachstumsrate in ähnlicher Höhe (+ 3 Prozent) prognostiziert.

Bruttosozialprodukt 1985

	In jeweiligen Preisen Mrd. DM	in % ¹	In Preisen von 1980 Mrd. DM	in % ¹
Bruttosozialprodukt	1838	+ 4,8	1573	+ 2,5
Privater Verbrauch	1024	+ 3,7	854	+ 1,7
Staatsverbrauch	366	+ 4,5	315	+ 2,2
Anlageinvestitionen	358	+ 0,9	312	- 0,8
Ausfuhr ²	646	+ 10,0	545	+ 7,2

1 In % gegenüber dem Vorjahr
2 Waren und Dienstleistungen
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1/1986, S. 8)

Wie schon im Vorjahr war das wirtschaftliche Wachstum ganz überwiegend durch den Export getragen. Zwar hat sich auch der private Verbrauch etwas belebt – vor allem im zweiten Halbjahr 1985 –, sein Anteil an der Verwendung des Sozialprodukts ist aber weiter gesunken. Die Anlageinvestitionen sind nach der Stagnation von 1984 sogar leicht zurückgegangen, was aber ausschließlich auf den Rückgang der Bauinvestitionen, insbesondere im Wohnungsbau, zurückzuführen ist. Die Ausrüstungsinvestitionen sind kräftig angestiegen.

Die Bundesregierung und die Unternehmen versuchen – mit einem gewissen Erfolg – den Eindruck zu erwecken, als handle es sich bei der gegenwärtigen konjunkturellen Entwicklung um einen dynamischen Aufschwung, als sei die Phase der Wachstumsschwäche – natürlich dank ihrer Politik – nun überwunden.

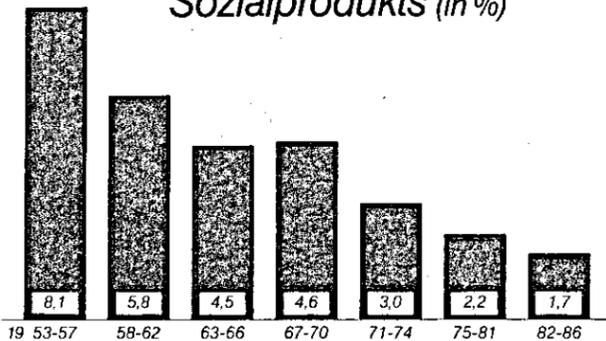
Berücksichtigt man aber die Tatsache, daß die Wirtschaft sich in einer konjunkturellen Belebungsphase befindet, der mit Sicherheit wieder eine zyklische Krise folgen wird, so verschiebt sich das Bild: Auch wenn man die Prognosen für 1986 für realistisch hält, errechnet sich über den gesamten Zyklus eine jahresdurchschnittliche reale Wachstumsrate des BSP von 1,7 Prozent. Damit handelt es sich gegenwärtig um den schwächsten Konjunkturaufschwung in der Geschichte der Bundesrepublik. Die vier Aufschwungsjahre 1976 bis 1979 erbrachten immerhin noch einen realen Zuwachs des BSP von zusammen knapp 16 Prozent. Die Jahre 1983 bis 1986 dürften selbst bei einem günstigen Verlauf von 1986 knapp zehn Prozent Wachstum bringen.

Wachstumsraten im Krisenzyklus¹

	Reales Bruttosozialprodukt	Produktion im Produzierenden Gewerbe ²
1953-1957	8,1	9,8
1958-1962	5,8	6,4
1963-1966	4,5	4,5
1967-1970	4,6	4,4
1971-1974	3,0	2,2
1975-1981	2,2	1,1
1982-1986 ³	1,7	1,7

1 Jahresdurchschnittlicher Zuwachs in Prozent
2 Bis 1962 Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe
3 1986 lt. Prognosen
(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Wachstumsraten des Sozialprodukts (in %)



IMSF

Die Wachstumsdynamik des Zyklus 1982/86 reicht auch keineswegs aus, um einen weiteren Rückgang der Zahl der Arbeitsplätze zu verhindern: Alle Arbeitsmarktprognosen gehen davon aus, daß bis zum Jahre 2000 ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von mehr als 2,5 Prozent notwendig ist, um die Zahl der Arbeitsplätze auf dem niedrigen Stand der Jahre 1982 bis 1985 zu halten. Wachstumsraten von zweieinhalb bis drei Prozent in den Belebungsphasen der Konjunktur genügen keineswegs, um langfristig, d. h. überzyklisch, ein Wachstumstempo zu sichern, das einen trendmäßigen Beschäftigungsrückgang verhindern kann.

Die Prognosen für 1986 liegen relativ einheitlich bei einer erwarteten Wachstumsrate von drei Prozent. Immerhin ist festzuhalten, daß die Vorhersagen des letzten Jahres 1985 weitgehend eingetroffen sind. Dies ist allerdings – wie auch schon bei den Prognosen für 1984 – eher zufällig. Denn bei den einzelnen Komponenten der Sozialproduktsentwicklung hat es z. T. krasse Fehlprognosen gegeben.

1.3 Produktion

Die Erzeugung im Produzierenden Gewerbe ist erst Mitte 1985 deutlich über den Vorkrisenhochstand von Anfang 1980 gestiegen. Bei Ausschluß der Bauwirtschaft war der Höchststand Ende 1984 wieder erreicht. Es hat also etwa fünf Jahre gedauert, bis die Wirtschaft den durch die zyklische Krise von 1980/82 bedingten Produktionseinbruch wieder ausgleichen konnte. Im letzten Quartal 1985 lag die Produktion im Produzierenden Gewerbe um etwa zwei Prozent über dem Vorkrisenstand, unter Ausschluß der Bauwirtschaft um fünf Prozent.

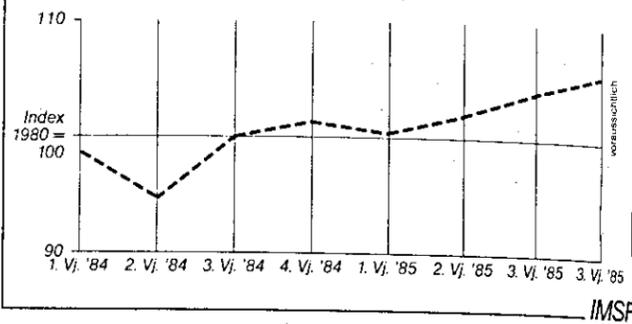
Die von Mitte 1984 bis Mitte 1985 andauernde Stagnationsperiode der Produktion konnte im Sommer 1985 überwunden werden. Seither nahm sie wieder zu, wenn auch keineswegs besonders stark. Im November und Dezember war sie sogar wieder rückläufig. Allerdings dürfen einzelne Monatsdaten nicht überbewertet werden, hier spielen Zufälle und statistische Abgrenzungsprobleme eine große Rolle.

Saisonbereinigter Produktionsindex im produzierenden Gewerbe¹

1984				1985			
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
98,6	94,5	99,9	101,3	100,3	101,8	103,9	105,2

¹ Index 1980 = 100
² Vorläufig
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Ifd.)

Saisonbereinigter Produktionsindex im produzierenden Gewerbe



IMSF

Der Vorjahresstand bleibt überschritten, allerdings ist der Abstand nicht besonders groß. Im ganzen Jahr 1985 war die Produktion im Produzierenden Gewerbe um etwa dreieinhalb Prozent höher als 1984, unter Ausklammerung der krisengeschüttelten Bauwirtschaft beläuft sich der jahresdurchschnittliche Zuwachs auf etwa fünfzehnhalb Prozent.

Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes¹

	August	September	Oktober	November	Dezember
Insgesamt	0,0	+ 6,4	+5,2	+1,6	+3,8
Grundstoffe und Produktionsgüter	+2,1	+ 4,1	+2,5	-1,6	-0,5
Investitionsgüter	+1,9	+12,0	+9,4	+7,1	5,4
Verbrauchsgüter	-0,8	+ 3,8	+1,9	-1,8	+8,2

¹ 1985 in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Die industriellen Auftragseingänge stiegen dagegen im Verlauf des zweiten Halbjahres 1985 kaum noch an, sie lagen zum Jahresende real nicht höher als in der Jahresmitte.

Saisonbereinigter Index des industriellen Auftragseingangs¹

1984				1985			
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
102	99	104	105	107	108	110	109

¹ Volumen, Index 1980 = 100
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Ifd.)

Der Vorjahresstand bleibt deutlich überschritten, seit der ersten Jahreshälfte allerdings mit abnehmender Tendenz. So signalisieren die Auftragseingänge gegenwärtig eher eine bevorstehende Abschwächung der Aufwärtsentwicklung. Am günstigsten ist die Tendenz weiterhin bei den Investitionsgütern, während die Auftragslage in den Konsumgüterindustrien sich eher etwas verschlechtert hat. Dies dürfte sich allerdings im Zuge einer gewissen Konsumbelebung in den nächsten Monaten etwas verändern.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe¹

	Insgesamt	Grundstoffe und Produktionsgüter	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
August	+4,3	+1,2	+ 6,1	+4,6
September	+8,5	+6,7	+10,0	+7,2
Oktober	+5,9	+3,7	+ 8,5	+1,9
November	+5,6	-1,4	+10,7	+1,9
Dezember ²	+5,3	+1,0	+ 7,7	+4,5

¹ Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr, zu jeweiligen Preisen
² Vorläufige Zahlen
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, Ifd.)

Etwas angeglichen hat sich die Entwicklung von Inlands- und Auslandsaufträgen. Während die inländischen Bestellungen sich leicht belebt haben, gehen die ausländischen Bestellungen etwas zu-

rück. Allerdings kann bislang keineswegs von einer völligen Veränderung des Bildes gesprochen werden. Vor allem bleibt das Niveau der Auslandsbestellungen auf einem überraschend hohen Niveau.

Saisonbereinigter Index des industriellen Auftragseingangs¹

	1984				1985			
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Inland	96	92	96	96	96	98	101	100
Ausland	114	113	121	126	129	129	128	127

¹ Volumen, Index 1980 = 100
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Ifd.)

Während in den letzten Monaten einerseits eine gewisse Angleichung der Binnenkonjunktur an die Auslandskonjunktur erfolgt ist, sind die großen Differenzen zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen geblieben. Dabei wird das Bild bestimmt von außerordentlich günstigen Entwicklungen in einigen Branchen, in denen die Ergebnisse teilweise die kühnsten Erwartungen der Unternehmen übertroffen haben. Andererseits halten Krisenerscheinungen in anderen Bereichen an, haben sich sogar teilweise wieder – wie in der Wertindustrie – zugespitzt.

In der **eisenschaffenden Industrie** haben sich die Aussichten wieder etwas eingetrübt. 1985 ist die Rohstahlproduktion um etwa 3 Prozent angewachsen auf knapp 41 Millionen Tonnen. Vor allem im Ausland war der Absatz gewachsen. Mit dem Auslaufen der Exportkonjunktur überwiegen wieder die rezessiven Elemente. Die Branche rechnet für 1986 mit einem leichten Produktionsrückgang und einer Fortsetzung des Beschäftigungsabbaus.

Die **chemische Industrie** blickt auf ein Rekordjahr zurück, soweit die Unternehmensgewinne betroffen sind. Die drei großen Chemiekonzerne weisen nochmals Gewinnzuwächse um etwa 30 Prozent aus. Zwischen 1982 und 1985 haben sich die ausgewiesenen Gewinne vor Steuern dort mehr als verdoppelt. Eine wichtige Gewinnquelle war der hohe Dollarkurs. Bei Exporten in den Dollarraum ist der Kursgewinn fast vollständig in die Gewinnkassen geflossen. Die Produktion ist nur langsam um etwa drei Prozent angestiegen, die Branche verweist stolz auf einen Beschäftigungsanstieg von ganzen 2000 Personen, also um 0,4 Prozent. Für 1986 wird mit einem Produktions- und Umsatzzuwachs wie 1985 gerechnet. Die Sondergewinne aus den hohen Dollarkursen fallen zwar teilweise weg, dafür aber wird die Branche von den niedrigen Rohölpreisen profitieren.

Im **Maschinenbau** hat die Entwicklung selbst die optimistischsten Erwartungen übertraffen. Die Produktion ist um neun Prozent angestiegen, die Beschäftigung hat sich im Jahresdurchschnitt immerhin um ca. 40000, d. h. um etwa vier Prozent erhöht. Für 1986 wird eine Fortsetzung des Aufwärtstrends erwartet, der Produktionszuwachs wird demnach aber mit sechs Prozent schwächer sein. Der Export hat vor allem in der ersten Jahreshälfte 1985 als Haupttriebkraft gewirkt, bei Abschwächungstendenzen in der zweiten Jahreshälfte. Dagegen haben sich die Inlandsbestellungen im Jahresverlauf kräftig erhöht.

Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen¹

	2. Vj.	3. Vj.	Oktober	November
Produzierendes Gewerbe insges.	+ 6,6	+ 4,4	+ 4,8	+ 3,6
Eisenschaffende Industrie	+ 5,3	+ 5,6	+ 2,5	+ 3,3
Chemische Industrie	+ 4,2	+ 3,5	+ 2,8	+ 0,5
Maschinenbau	+ 5,0	+ 8,3	+ 8,8	+ 8,5
Straßenfahrzeugbau	+43,7	+ 5,0	+ 3,6	+ 4,8
Elektrotechnik	+14,5	+15,9	+10,1	+10,3
EDV-Geräte	+24,8	+23,2	+27,0	+37,0
Textilgewerbe	+ 2,2	+ 5,8	+ 6,0	+ 6,9
Bekleidungs-gewerbe	- 2,9	+ 0,6	+ 0,6	+ 3,2
Bauhauptgewerbe	+ 7,6	- 7,3	- 0,9	-14,8

¹ in % gegenüber dem Vorjahr, 1985
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, Ifd.)

In der **Automobilindustrie** wird von einer „gespaltenen“ Konjunktur gesprochen. Eine Produktionssteigerung um etwa 10 Prozent konnte erreicht werden, weil der Exportanteil um drei auf 62 Prozent gestiegen ist. Mit 4,2 Millionen Pkw wurde der bisherige Produktionsrekord von 1979 deutlich überschritten, wovon 2,6 Millionen Fahrzeuge ausgeführt wurden. Dagegen sind die inländischen Neuzulassungen leicht zurückgegangen. Die Beschäftigung wurde um etwa 20000 oder zweieinhalb Prozent ausgeweitet. Die Konzerne der Automobilindustrie konnten ihre Gewinne nochmals kräftig erhöhen, vor allem Daimler-Benz, BMW und Porsche, aber auch VW.

Für 1986 wird eine Zunahme der Inlandsverkäufe erwartet und ein weiterhin hohes Niveau der Auslandsverkäufe, so daß die Branche auf ein nochmals leicht erhöhtes Produktionsniveau hofft.

Die **Elektroindustrie** hat 1985 den absoluten Spitzenreiter unter den Industriezweigen abgegeben. Die Produktion ist um 12 Prozent angestiegen, wobei – ähnlich wie im Maschinenbau – die Inlandsaufträge im Jahresverlauf die treibende Rolle der Auslandsaufträge teilweise abgelöst haben. Die Beschäftigung ist um etwa 50000 Personen angestiegen, also um knapp fünf Prozent.

1986 wird eine Fortsetzung des Wachstums erwartet, der Produktionszuwachs von 6 Prozent demnach aber wesentlich schwächer sein. Die glänzende Gewinn-situation der großen Elektrokonzerne wird durch die Siemens-Bilanz beleuchtet: Der Jahresüberschuß wird dort um etwa 40 Prozent höher ausgewiesen als im vorangegangenen Geschäftsjahr.

Die **Textil- und Bekleidungsindustrien** befinden sich dagegen immer noch auf der Schattenseite der Konjunktur, ähnlich wie die meisten anderen Konsumgüterbranchen. Immerhin hat die Textilindustrie ihre Produktion um etwa zwei Prozent ausweiten können, die Beschäftigung allerdings weiter um etwa drei Prozent (ca. 7000) reduziert. Für 1986 wird eine Fortsetzung des langsamen Wachstums angestrebt, wobei nun – nach der günstigen Exportentwicklung 1985 – auf höhere Inlandsabsatz gehofft wird. Die Bekleidungsindustrie verspürt dagegen keine Auftriebskräfte, auch für 1986 wird nicht mit einer Produktionssteigerung gerechnet. Die Beschäftigung sinkt ähnlich stark wie in der Textilindustrie.

Die **Bauwirtschaft** erlebt die schlimmste Branchenkrise der Nachkriegszeit. Die Bauproduktion ist 1985 um mehr als acht Prozent zurückgegangen. Die Beschäftigtenzahl ist um zehn Prozent, d. h. etwa 100000 Personen, reduziert worden. Für 1986 wird im besten Falle mit einer Stagnation der Produktion gerechnet, wobei eine leichte Belebung im Wirtschaftsbau und im öffentlichen Bau (+ 3 bis 4 Prozent) ausgeglichen wird. Die Beschäftigung wird weiter zurückgehen, wobei erneute Arbeitsplatzverluste bis zu 100000 für möglich gehalten werden.

Die Anfang 1985 eingetretene Verbesserung der Auftragseingänge ist Mitte des Jahres durch einen erneuten Rückgang abgelöst worden. Dies gilt für alle Sparten, d. h., von einer demnächst zu erwartenden kräftigen Aufwärtsbewegung im Wirtschaftsbau und im öffentlichen Bau kann derzeit keine Rede sein. Regierungsseitige Ankündigungen, daß die Branchenkrise demnächst überwunden werde, sind reiner Zweckoptimismus. Die großen Konzerne der Bauwirtschaft werden von der Krise allerdings nur teilweise be-rührt. Zwar wird mit niedrigeren Gewinnen gerechnet, zumeist ist aber weiter von „zufriedenstellenden“ Ergebnissen (Holzmann) die Rede.

Der **Einzelhandel** konnte 1985 seine Umsätze real nur minimal (etwa ein halbes Prozent) erhöhen, wobei der Branchenoptimismus vom Herbst durch das schlechte Dezemberergebnis enttäuscht wurde. Damit lagen die Umsätze real weiter um rund drei Prozent unter dem Stand von 1979, dem letzten Jahr mit einem merklichen Umsatzzuwachs. Trotzdem ist die Beschäftigung im Einzelhandel nicht rückläufig: Einerseits wird im Bereich der Warenhäuser und großen Ketten massiv rationalisiert, zum anderen werden aber zahlreiche kleine, sehr personalintensive Geschäfte in Spezialbereichen neu eröffnet. Für 1986 erhofft sich der Einzelhandel erstmals seit sieben Jahren wieder eine nennenswerte Umsatzebe-lebung um real etwa zweieinhalb Prozent.

1.4 Investitionen

Glaukt man den Aussagen der Bundesregierung und der Unternehmen, so bewahrt sich derzeit der Zusammenhang zwischen Gewinnen und Investitionen. Den seit 1982 kräftig steigenden Unternehmenserträgen folgten seit 1985 endlich auch die Investitionen.

Dieser globalen Aussage widersprechen die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Gesamtwirtschaftliche Investitionen¹

	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986 ²
Anlageinvestitionen insgesamt	+7,2	+2,8	-4,8	-5,3	+3,2	+0,8	-0,8	+4,5
Ausrüstungen	+9,6	+2,6	-4,3	-6,7	+5,6	-0,5	+8,8	+9,5
Bauten	+5,8	+2,9	-5,1	-4,3	+1,7	+1,6	-6,7	+0,5

¹ Reale Veränderung in Prozent

² Prognose des DIW

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1/1986; DIW-Wochenbericht, 1/2-1986)

Kräftig angestiegenen Ausrüstungsinvestitionen stehen rückläufige Bauinvestitionen gegenüber, wobei auch die Bauinvestitionen der Unternehmen (ohne Wohnungsbau) zurückgegangen sind.

Allerdings war die Investitionsentwicklung in der Industrie außerordentlich kräftig. Und nach den vorliegenden Umfrageergebnissen wird dieser Investitionsanstieg sich auch 1986 fortsetzen, wenn auch etwas abgeschwächt.

Investitionen in der Verarbeitenden Industrie¹

	1983	1984	1985	1986
Insgesamt	+1,3	0	+14	+8
darunter:				
Chemie	-1,1	-1	+17	+8
Maschinenbau	+0,1	+3	+16	+15
Fahrzeugbau	-6,2	-7	+19	+18
Elektrotechnik	+8,4	+12	+13	+15

¹ In Prozent gegenüber dem Vorjahr, 1986 Umfragen

(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 34/35, 1985, S. 6)

Nach wie vor dominiert bei den Investitionsmotiven der Industrie die Rationalisierung. Allerdings hat der Anteil der Erweiterungsinvestitionen zugenommen. Dies hängt u. a. auch damit zusammen, daß der Auslastungsgrad der Kapazitäten weiter angestiegen ist und nun den Höchststand vor der letzten Krise wieder erreicht hat.

Kapazitätsauslastung in der Industrie¹

	März	Juni	September	Dezember
1980	85,3	83,2	81,4	79,6
1981	79,2	78,8	79,0	78,9
1982	78,0	77,1	74,9	75,5
1983	75,8	78,3	78,8	80,5
1984	81,1	76,5 ²	82,3	82,6
1985	82,8	84,5	84,5	85,2

¹ In % der betrieblichen Vollausslastung

² Verzerrung durch Arbeitskampf

(Quelle: Ifo-Schnelldienst)

Die hohen Investitionszuwächse in der Industrie dürfen allerdings nicht als Anzeichen für eine allgemeine Beschleunigung der Akkumulationsdynamik gesehen werden. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß der für eine Konjunkturbelebende übliche Investitionsaufschwung dieses Mal erst verspätet eingetreten ist, daß die Belegungsjahre 1983 und 1984 nur niedrige Investitionszuwächse gebracht hatten. Das wird nun vielfach nachgeholt.

Tatsächlich sind die Ausrüstungsinvestitionen im Konjunkturzeitraum 1976 bis 1979 mit einem jahresdurchschnittlichen realen Zuwachs von 7,4 Prozent deutlich rascher angestiegen als im Zeitraum 1983 bis 1986. Für diese Periode errechnet sich eine durchschnittliche Zuwachsrate von 5,6 Prozent.

1.5 Außenwirtschaft

Die Exportorientierung der Bundesrepublik schlägt sich in den Statistiken für 1985 voll nieder. Sämtliche außenwirtschaftlichen Rekorde der Vergangenheit wurden gebrochen. Der Außenhandelsüberschuß war um 20 Milliarden höher als im Vorjahr, er übertrifft ebenso wie der Überschub in der Leistungsbilanz alle bisherigen Abschlüsse sehr deutlich.

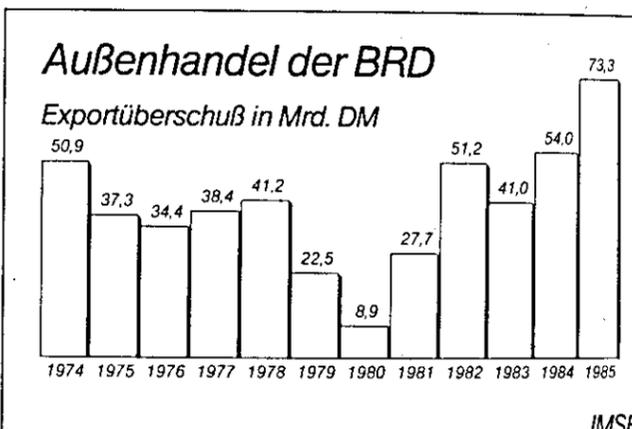
Außenhandel der BRD

	Exporte		Importe		Saldo
	in Mrd. DM	% ¹	in Mrd. DM	% ¹	in Mrd. DM
1980	350,3	+11,4	341,4	+16,9	+8,9
1981	396,9	+13,3	369,2	+8,1	+27,7
1982	427,8	+7,8	376,6	+2,0	+51,3
1983	432,3	+1,2	390,4	+2,9	+42,0
1984	488,2	+13,0	434,2	+11,2	+54,0
1985	537,1	+10,0	463,8	+6,8	+73,3

¹ In % gegenüber dem Vorjahr

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, IId.)

Unter Einschluß der Dienstleistungen ist die Außenhandelsverflechtung, d. h. der Anteil der Exporte am BSP, auf über 31 Prozent angestiegen. Der Außenbeitrag, d. h. der Überschub der Waren- und Dienstleistungsexporte über die entsprechenden Importe, lag um 22 Milliarden DM höher als im Vorjahr. Mehr als ein Viertel des BSP-Anstiegs entfällt auf die Ausweitung dieses Außenbeitrags. Anders gesagt: Ohne diese überproportionale Ausweitung der Exporte wäre das BSP 1985 nur um 1,7 Prozent angestiegen.



Triebkraft waren die Exporte nach Nordamerika, die nochmals um mehr als zehn Milliarden oder zwanzig Prozent gestiegen sind.

Kräftig gestiegen sind auch die Ausfuhren in die sozialistischen Länder. Dagegen sind die Exporte in die Entwicklungsländer nur

Außenhandel nach Ländern¹

	Einfuhren				Ausfuhren			
	1982	1983	1984	1985	1982	1983	1984	1985
Kapitalistische Industrieländer	76,1	78,1	77,8	78,8	77,8	79,0	81,1	82,1
darunter:								
EG-Länder	48,1	49,2	47,9	48,6	48,1	48,4	47,7	47,5
USA/Kanada	8,4	7,9	8,1	7,8	7,2	8,1	10,5	11,3
Japan	3,3	3,7	4,2	4,5	1,2	1,3	1,4	1,5
Entwicklungsländer	18,2	16,2	16,1	15,4	17,0	15,5	13,8	12,4
darunter:								
OPEC-Länder	8,7	6,9	6,3	5,8	8,9	7,3	5,7	4,7
Sozialist. Länder ²	5,7	5,7	6,1	5,7	4,8	5,2	4,8	5,2

¹ Warenverkehr, Anteile in Prozent

² Ohne Handel mit der DDR

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, IId.)

noch wenig angestiegen, in der zweiten Jahreshälfte sogar zurückgegangen. Kräftig gesunken sind die Handelsbeziehungen mit den OPEC-Staaten, eine Tendenz, die sich nach dem Ölpreisverfall verstärken wird.

Die im Zuge des Rohstoffpreisverfalls sinkende Kaufkraft der Entwicklungsländer (einschließlich OPEC), die Wachstumsverlangsamung vor allem in Nordamerika und der Kursverfall des Dollars, der den Aufwertungsdruck auf die DM verstärkt, sprechen eher für eine weitere Abschwächung des Exportsogs im Jahresverlauf. Der Welthandel soll nach jüngsten Schätzungen 1986 nur noch um drei Prozent (nach vier Prozent 1985) zunehmen. Daher müssen die Prognosen für 1986, die von einer Fortsetzung des Exportanstiegs in nur wenig vermindertem Tempo ausgehen, doch mit einiger Skepsis betrachtet werden.

Die Leistungsbilanz hat ebenfalls einen Rekordüberschuß ausgewiesen. In der Leistungsbilanz werden die Ergebnisse des Außenhandels, des Dienstleistungsverkehrs (Touristenreisen, Transportleistungen, Kapitalerträge) und der unentgeltlichen Übertragungen (Leistungen an die EG, Überweisungen ausländischer Arbeiter) zusammengefaßt. Eine positive Leistungsbilanz bedeutet, daß die Bundesrepublik mehr Devisen „verdient“ hat, als sie ihrerseits ausgibt. Ein Überschub in der Leistungsbilanz ermöglicht Kapitalexport, z. B. den Kauf ausländischer Wertpapiere und den Kauf ausländischer Unternehmen (Direktinvestitionen).

Dies wurde auch in großem Umfang praktiziert. Der Kapitalexport aus der Bundesrepublik erreichte 1985 fast 50 Milliarden DM gegenüber 30 Milliarden 1984, davon allerdings etwa 46 Milliarden im Rahmen des kurzfristigen Kapitalverkehrs. Beim langfristigen Kapi-

Leistungsbilanz¹

	Handelsbilanz	Dienstleistungsbilanz	Übertragungsbilanz	Leistungsbilanz
1980	+8,9	-13,0	-24,5	-28,6
1981	+27,7	-14,6	-26,6	-12,4
1982	+51,3	-17,1	-28,1	+8,2
1983	+42,1	-10,2	-27,0	+10,5
1984	+54,0	-5,5	-30,1	+17,8
1985	+73,3	-3,8	-30,5	+38,6

¹ Mrd. DM, Zusammenfassung von Handels-, Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz (Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, IId.)

talexport dominieren die Direktinvestitionen, die 1985 einen Umfang von etwa sieben Milliarden DM erreichten gegenüber fünfzehn Milliarden 1984.

Die starke Exportorientierung prägt vor allem das Geschäft der großen Konzerne. Hier liegt der Auslandsanteil am Konzernumsatz durchweg über 50 Prozent, d. h. mehr als die Hälfte der Konzernumsätze werden auf den Weltmärkten abgewickelt. Es ist daher verständlich, daß für diese Konzerne wirtschaftspolitisch die internationale Konkurrenzfähigkeit oberstes Primat genießt: Ungleichgewichte auf den Binnenmärkten, fehlende Binnenkaufkraft werden in Kauf genommen, wenn der Export bzw. die Expansion auf den Weltmarkt floriert.

Exportanteil am Konzernumsatz¹

	Anteil in Prozent	Export in Mrd. DM
Siemens	51,0	23,4
VW	67,9	31,0
Daimler	66,3	28,8
BASF	60,7	26,4
Bayer	78,6	38,8
Hoechst	75,3	31,2
Thyssen	51,0	16,5
Bosch	53,0	9,7
Krupp	46,0	8,4
BMW	73,0	12,0

¹ Die zehn größten Industrieunternehmen, ohne Energieunternehmen, Anteile von 1984 (Quelle: IWD, H. FAZ v. 29. 1. 1986)

In einer Untersuchung der internationalen Stellung der bundesdeutschen Konzerne auf den Weltmärkten im Bereich der modernen Fertigungstechnik weist ausgerechnet das Institut der Deut-

schon Wirtschaft (IW), eine reine Unternehmereinrichtung, nach, daß die Bundesrepublik hier einen „Spitzenplatz“ belegt. Im Jahre 1984 produzierte die BRD ebensoviel computergesteuerte Werkzeugmaschinen wie die Konkurrenten USA, Großbritannien und Frankreich zusammen (10600). Nur Japan stellt mit 38000 Einheiten mehr her. Der Industrierobotersatz ist nach Japan der höchste der Welt, der Anteil der NC-Werkzeugmaschinen an der Werkzeugmaschinenproduktion wird mit sieben Prozent ebenfalls nur von Japan (18,6 Prozent) übertroffen.

2. Unternehmerrgewinne und Konzentration

2.1 Unternehmerrgewinne

Die Periode 1982 bis 1986 ist durchweg durch einen anhaltenden Gewinnanstieg gekennzeichnet. Die „Bruttoeinkommen aus Unternehmerrtätigkeit und Vermögen“ dürften sich in dieser Periode – unter Einschluß der Erwartungen für 1986 – um knapp 9 Prozent jährlich erhöht haben, sie liegen 1986 mit geschätzten 460 Milliarden DM um nahezu 160 Milliarden oder mehr als 50 Prozent höher als 1981. Netto, d. h. nach Abzug der Gewinnsteuern, ist die Expansion noch kräftiger gewesen: Die Nettogewinne erhöhten sich zwischen 1982 und 1986 um 140 Milliarden, d. h. um fast 60 Prozent.

Zum Vergleich sei die Periode 1975 bis 1979 herangezogen, also ebenfalls eine konjunkturelle Belebungsphase mit kräftigen Gewinnsteigerungen: Der Gewinnanstieg belief sich jahresdurchschnittlich auf acht Prozent, die Gewinnsumme erhöhte sich brutto um weniger als 50 Prozent oder um etwa 100 Milliarden DM. Es handelt sich derzeit um die seit den fünfziger Jahren längste und kräftigste Gewinnexpansionsphase.

Einkommen aus Unternehmerrtätigkeit und Vermögen

	Brutto		Netto	
	Mrd. DM	%	Mrd. DM	%
1982	321	+5,5	259	+5,7
1983	361	+12,5	300	+15,6
1984	392	+8,6	325	+8,6
1985	425	+8,5	350	+7,5
1986 ¹	463	+9,0	385	+10,0

¹ Prognose des DIW

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1/86; DIW-Wochenbericht 1-2/86, S. 26)

Die Dynamik der Gewinnentwicklung ist bei den großen Gesellschaften noch deutlicher. Die Siemens AG zum Beispiel konnte ihren ausgewiesenen Jahresüberschuß im abgelaufenen Geschäftsjahr um rund 40 Prozent erhöhen. Die meisten anderen großen Gesellschaften konnten ihre ausgewiesenen Erträge in den letzten beiden Jahren jeweils um ein Viertel steigern. Die drei großen Chemiekonzerne zum Beispiel wiesen für 1985 Gewinne aus, die mehr als doppelt so hoch waren wie 1982.

Um einen Zusammenhang zwischen Investitionstätigkeit und Gewinnen herstellen zu können, müssen die erwirtschafteten Abschreibungen der Unternehmen einbezogen werden. Denn diese bilden die Hauptfinanzierungsquelle der Investitionen. Den Anlageinvestitionen in Höhe von knapp 358 Milliarden DM im Jahre 1985 standen dann Finanzierungsmittel (Nettogewinne und Abschreibungen) von mehr als 580 Milliarden DM gegenüber. Die hohen Gewinne dienen denn auch tatsächlich nur in abnehmendem Umfang der Investitionstätigkeit; dies spiegelt sich in den Unternehmensbilanzen in Form ansteigender liquider Mittel wider: Nach Untersuchungen der Deutschen Bundesbank erhöhten sich die „liquiden Mittel“ der Unternehmen des Produzierenden Gewerbes, des Handels und des Verkehrs bis 1983 (neuere Daten liegen noch nicht vor) auf mehr als 680 Milliarden DM. Im Jahresdurchschnitt 1970/74 waren etwa 350 Milliarden DM an Forderungen, Kassenmitteln und Wertpapiervermögen der Unternehmen bilanziert. Inzwischen dürf-

te der Bestand an liquiden Mitteln den Wert des Sachvermögens der Unternehmen übersteigen.

2.2 Konzentration

Das Jahr 1985 hat wieder einen deutlich beschleunigten Konzentrationsprozeß gebracht. Der bisherige Höchststand von 1980 wurde deutlich überschritten.

Insolvenzen und Fusionen

	1975	1976	1977	1978	1979
Insolvenzen	9 195	9 361	9 562	8 722	8 319
Fusionen	448	453	554	558	602

	1980	1981	1982	1983	1984	1985
Insolvenzen	9 144	11 653	15 877	16 056	16 760	18 876
Fusionen	635	618	603	506	575	709

(Quelle: Creditreform, Neuss; Bundeskartellamt, lt. Presseberichten)

Ebenso dynamisch hat sich die Zahl der Insolvenzen, also der Konkurse und Vergleiche, entwickelt. Das „Hochkonjunkturjahr“ 1985 brachte doppelt soviel Unternehmenszusammenbrüche wie das Krisenjahr 1975. Für das laufende Jahr wird ein weiterer Anstieg auf 20 000 prognostiziert.

Von den 709 registrierten Fusionen waren fast zwei Drittel anmeldepflichtig, fast 30 Prozent mehr als im Vorjahr. Anmeldepflichtig sind Fusionen aber nur, wenn die Fusionspartner mindestens 1 Milliarde DM Umsatz tätigen oder eine der Gesellschaften ein Geschäftsvolumen von mehr als 2 Milliarden aufweist. Gerade die Zahl der Großfusionen hat also überdurchschnittlich stark zugenommen.

Eine zentrale Rolle spielen dabei die Banken. Wolfgang Kartte, Präsident des Bundeskartellamtes, wies z. B. darauf hin, daß die Banken gezielt dort Fusionen unterstützen, wo das Bundeskartellamt nach den gesetzlichen Bestimmungen Verbote aussprechen könnte: Die aufnehmenden Unternehmen (z. B. die Beteiligung von Metro am Kaufhof) können sich dann mit Anteilen von 24,9 Prozent begnügen (unter 25 Prozent hat das Kartellamt keine Verbotsmöglichkeit), weil verbundene Großbanken ebenfalls Anteile übernehmen. So kann sichergestellt werden, daß z. B. Metro und Kaufhof eine einheitliche wirtschaftliche Führung erhalten, ohne daß formelle Sperrminoritäten (25 Prozent) durch Großaktionäre bestehen und das Kartellamt eingreifen kann. Ganz offensichtlich erweist sich das Kartellgesetz, das einen funktionierenden Wettbewerb sichern soll, als völlig ungeeignet. Karte: „Die gewaltigen ‚Kriegskassen‘, die neuerdings Großkonzerne und Banken hielten und die ‚Elefantenhochzeiten‘ überhaupt erst ermöglichten, seien neue Phänomene, über die auch ordnungspolitisch nachgedacht werden müsse“ (FAZ v. 25. 1. 1986).

Neben der Übernahme von AEG durch Daimler – am 13. Februar abgesehen durch das Kartellamt – ist wiederum die Stahlindustrie im Fusionsgespräch: Nach dem Scheitern der Fusionspläne zwischen Krupp, Klöckner und dem australischen Erzkonzern CRA wird nun über eine Verbindung Krupp/CRA einerseits und Thyssen/Mannesmann-Stahl andererseits gesprochen. Krupp, Thyssen und Klöckner sind ihrerseits bereit, Beteiligungen an Arbed-Saarstahl zu übernehmen – natürlich erst nach der „Sanierung“ des Konzerns durch öffentliche Subventionen. Die Beteiligungen sollen für einen symbolischen Preis von einer (!) DM übernommen werden und würden den Ruhrkonzernen die Möglichkeit eröffnen, den sanierten Konzern als „Steinbruch“ für Rationalisierungen im eigenen Produktionsprogramm zu verwenden.

Nur wenig beachtet von der Öffentlichkeit, ist der Allianz-Versicherungskonzern dabei, sich als Multi zu etablieren: Die zweitgrößte italienische Versicherungsgruppe RAS wurde gekauft, ebenso die eifftgrößte britische Versicherung Cornhill. In den USA wird derzeit nach einem geeigneten „Objekt“ gesucht.

Das „Vorbild“ der nun auch in der BRD wirksamen Tendenz zu Großfusionen, die die Unternehmenslandschaft völlig verändern werden, sind die USA. Das Jahr 1985 war dort das Jahr mit den

meisten Fusionen in der Geschichte des Landes: 3000 Firmen wechselten den Besitzer, 125 Milliarden Dollar wurden dafür aufgewandt. In 24 Fällen wurden Preise von mehr als einer Milliarde Dollar entrichtet (ca. 2,4 Milliarden DM nach heutigem Kurs). Die Vermittlung von Fusionsmöglichkeiten ebenso wie die Strategie zur Abwehr von „hostile take-overs“ (unerwünschten Übernahmen) hat ihrerseits einen ganz neuen Wirtschaftszweig entstehen lassen: Firmen, die solche Aufkäufe vermitteln.

Während tatsächlich der Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft neue Dimensionen annimmt, wird von den Konservativen über eine Neubelebung des selbständigen Unternehmertums gesprochen. Es gäbe eine Welle von Unternehmensgründungen, vor allem im „High-Tech“-Bereich. Nun gibt es keine umfassende laufende Statistik der Unternehmensgründungen, so daß solche Behauptungen schwierig empirisch zu überprüfen sind. Es gibt aber einige Untersuchungen, die auf den Neuanmeldungen bei den Gewerbeämtern basieren und ein Bild abgeben, das der These vom „Gründungsboom“ widerspricht.

Das Bonner Institut für Mittelstandsforschung – eher CDU-nahe – registrierte so für 1985 etwa 318 000 Neuanmeldungen (29 000 mehr als 1984), wobei es allerdings in etwa einem Viertel der Fälle um Firmenübernahmen ging. Auch sind Filialen, Automatenaufstellungsgewerbe und Reisegewerbe einbegriffen.

Gleichzeitig erreichte die Zahl der Unternehmensstillegungen mit 290 000 ebenfalls einen Höchststand. Dabei handelt es sich hier zu 81 Prozent um vollständige Unternehmensaufgaben. Der „Saldo“ aus An- und Abmeldungen bei den Gewerbeämtern war mit 28 000 im Jahr 1985 niedriger als in jedem der fünf vorangegangenen Jahre. Schwerpunkt der Unternehmensgründungen sind die Dienstleistungen (21,5 Prozent) und das Handwerk (12,1 Prozent). Auch das Verkehrsgewerbe (7,2 Prozent), der Handel (6,1 Prozent) und die Gaststätten (5,9 Prozent) fallen ins Gewicht. Kaum erwähnenswert ist dagegen der Anteil der Industrie (3,7 Prozent). Der Arbeitsplatzeffekt der Neugründungen ist offenbar bescheiden.

Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung ermittelte in einer anderen Untersuchung einen durchschnittlichen Arbeitsplatzeffekt von einem abhängig Beschäftigten je Neugründung, d. h., unter Ein-schluß des Gründers werden maximal zwei Arbeitsplätze geschaffen, während bei den Unternehmenszusammenbrüchen nach anderen Untersuchungen durchschnittlich fünf bis sechs Arbeitsplätze verlorengehen.

Der Anteil der Arbeitslosen unter den „Gründern“ stieg von neun Prozent 1981 auf 18 Prozent 1983, d. h., es handelt sich häufig um den Versuch, der Arbeitslosigkeit zu entgehen.

2.3 Die Aktienbörse

Die Börse erlebt seit Mitte 1982 einen gewaltigen Aufschwung, der vor allem 1985 ganz neue Dimensionen im Aktiengeschäft herstellte. Die nebenstehende Tabelle führt die wichtigsten Kennziffern auf. Ins Auge fällt vor allem die Expansion der Umsätze und der Kurswerte, während die Zahl der börsennotierten AG und deren Nominalkapital nur wenig zunahm.

Dies verweist schon auf einige Ursachen der Börsenhausse: Es geht nicht um eine „Renaissance der Aktie“ als Finanzierungsinstrument der Unternehmen, obwohl hier in den letzten Jahren staatlicherseits günstigere Bedingungen geschaffen worden waren. (Körperschaftsteuerreform). Zwar sind in den beiden letzten Jahren einige Unternehmen neu an die Börse gekommen, z. B. Porsche und Nixdorf, um die größeren zu nennen. Auch haben zahlreiche große Unternehmen wie die Chemiekonzerne ihr Kapital durch Neuausgabe von Aktien erhöht. Bei hohen Kursen ist dies ein leichter Weg der Kapitalbeschaffung. Die Entwicklung des Nominalkapitals der notierten Aktien zeigt aber, daß dies nicht die Ursache des Börsenbooms gewesen sein kann.

Expandiert hat vor allem der Handel in „alten“ Aktien, es sind also in großem Umfang Kapitalien in Form von Aktienkäufen angelegt worden. Dies hat nicht zu einem Mittelzuström bei den Gesellschaften geführt, sondern lediglich den Umfang des in Aktien, d. h.

in fiktivem Kapital angelegten Kapitals vergrößert. Zwischen 1982 und Januar 1986 hat sich das durch Aktien repräsentierte Gesamtkapital immerhin verdreifacht – ein weitgehend fiktiver Vorgang, dem kein realer Prozeß entspricht.

Die Aktienbörse¹

	Börsennotierte Gesellschaften	Grundkapital in Mill. DM	Index der Aktienkurse ²	Kurswert in Mill. DM	Dividende in Prozent	Rendite in Prozent ³	Umsatz in Mrd. DM ⁴
1974	479	36,7	177	101,5	13,7	4,4	13,2
1975	471	39,2	240	134,4	13,7	3,5	27,5
1976	469	40,6	222	126,0	12,8	3,6	24,9
1977	465	42,0	240	136,5	15,3	4,1	27,6
1978	459	43,1	257	151,9	19,1	4,7	34,1
1979	458	44,5	227	137,5	19,4	5,4	25,7
1980	459	45,6	223	140,5	21,4	6,0	27,7
1981	456	47,2	221	141,1	20,2	5,8	30,9
1982	450	48,8	253	163,9	19,0	4,9	35,2
1983	442	49,8	352	225,7	17,6	3,3	84,1
1984	449	51,5	381	246,7	20,1	3,6	84,7
1985	451	54,1	654	438,8	23,0	2,5	210,7
Jan.	–	–	717 ⁵	ca.	–	–	ca.
1986	–	–	–	450	–	–	40,0
13.2.	–	–	655	ca.	–	–	–
1986	–	–	–	400	–	–	–

¹ Börsennotierte inländische AG, Jahresendstände

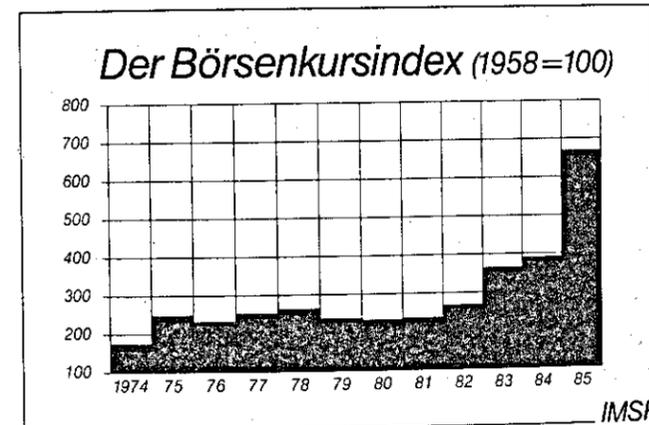
² FAZ-Aktienindex 1958 = 100

³ Ab 1977 einschließlich Steuergutschrift

⁴ Kassahandel, Jahreswert

⁵ 15. 1. 1986

(Quelle: Deutsche Bundesbank, Statistische Beihfte Reihe 2; Frankfurter Allgemeine Zeitung)



Nun werden vielfach die günstige Gewinnlage der großen Aktiengesellschaften, die steigenden Dividenden und Dividendenerwartungen als Ursache des Börsenbooms genannt. Wie die Spalte „Dividende in Prozent“ zeigt, ist dies tatsächlich der Fall. Die günstige Gewinnlage dürfte eine wichtige Rolle beim Anstoß des Booms gespielt haben. Allerdings läßt sich die weitere Entwicklung damit nicht erklären. Denn die Rendite, bezogen auf den Kurswert der Aktien, hat inzwischen trotz steigender Dividendensätze einen Tiefpunkt erreicht. Zur Verdeutlichung: So zahlt Siemens für das Geschäftsjahr 1984/85 eine Dividende von 12 DM auf die Aktie (Nominalwert: 50 DM), d. h. einen prozentualen Dividendensatz von 24 Prozent. Die Aktie im Nominalwert von 50 DM hat aber derzeit einen Kurswert von etwa 800 DM, d. h., die Rendite beträgt nur noch 1,5 Prozent für den derzeitigen Käufer einer Aktie. Dies aber ist eine „Verzinsung“, die noch unter dem Spareckzins von 2,5 Prozent liegt. Sollte der Kapitalanleger daher sein Geld nicht lieber auf die Sparkasse tragen?

Dies ist natürlich nicht der Fall, denn langfristige Kapitalanleger rechnen nicht nur mit der Dividende, sie wissen sehr wohl, daß diese nur einen winzigen Rest des Gesamtgewinns ausmacht. Die Gewinnmasse wird im Unternehmen reinvestiert, wenn auch keineswegs nur in Sachanlagen: Siemens z. B. verfügt über liquide Kapitalreserven von derzeit 20,5 Milliarden DM, während die Sachanlageninvestitionen eine Rekordhöhe von 3,7 Milliarden DM ausmachten. Selbst von den laufenden Erträgen („Netto-cash-flow“ 1984/85 = 5,6 Mrd. DM) wurden nur zwei Drittel für das laufende Sachinvestitionsprogramm benötigt. Die sowohl in Sachanlagen als auch in Form von Wertpapieren usw. „reinvestierten“ Gewinne erhöhen den Wert des Unternehmens und damit auch den der Aktie – und dies steht beim Aktienkauf im Rahmen von langfristigen Kapitalanlagen im Mittelpunkt.

Trotzdem reicht dieser Hinweis zur Erklärung der gegenwärtigen Situation nicht aus, denn eine Verdreifachung der Kurswerte in so kurzer Zeit wird selbst durch die glänzendste Gewinnlage nicht mehr gedeckt. Dies kann nur durch das zunehmende Gewicht spekulativer Käufe erklärt werden: Es werden Aktien gekauft nicht mit Blick auf die Dividende oder die Gewinnlage des Konzerns und mit langfristiger Anlageabsicht, sondern in der Hoffnung, daß der Kurs rasch steigt – dann sollen sie wieder zum höheren Kurswert weiterverkauft werden. Nun wurde bereits an anderer Stelle darauf verwiesen, daß ein wichtiges Merkmal der Situation seit dem Ende der Krise 1980/82 der gewaltige und wachsende Überschuß an Geldkapital ist – sozusagen die Kehrseite relativ niedriger Sachkapitalinvestitionen und hoher Gewinne. Dieses Geldkapital sucht und findet Anlagemöglichkeiten u. a. an den Wertpapierbörsen, treibt dort die Kurse hoch und vergrößert damit wieder das Vermögen, d. h. die Fähigkeit für neue Spekulationsgeschäfte. Denn Wertpapierkäufe dieser Art werden in der Regel mit Krediten finanziert, deren „Sicherheit“ die Wertpapiere selbst sind.

Die Börsenhausse ändert so ab einem bestimmten Punkt ihren Charakter, denn die spekulativen Gewinne können nur realisiert werden, wenn die gekauften Aktien, deren Preis für eine dauerhafte Kapitalanlage ja viel zu hoch war, wieder verkauft werden. Jede solche Börsenhausse muß also irgendwann wieder in eine Baisse umschlagen, wobei der Anlaß für einen solchen „Börsenkrach“ relativ geringfügig sein kann. Erfahrungsgemäß aber wächst die Gefahr solcher Rückschläge, wenn sich Krisenerscheinungen in der Wirtschaft häufen, d. h., wenn mit dem Ausbruch einer zyklischen Wirtschaftskrise gerechnet werden muß.

Gegenwärtig befindet sich die Aktienbörse in einer labilen Verfassung; Kurssprünge um mehrere Prozent an einem Tag sind keine Seltenheit. Aber es mehren sich doch die Anzeichen, daß der durchgängige Aufwärtstrend beim augenblicklich herrschenden hohen Kursniveau gebrochen ist. Somit wächst die Gefahr ruckartiger Kursverluste. Solche Situationen aber bergen immer die Gefahr der Selbstverstärkung, denn die Gewinnkalkulation der Aktienkäufer geht nur auf, wenn sie ihre Aktien zu gestiegenen Kursen verkaufen können. Stimmungsumschläge an der Börse können also die Aktieninhaber sehr rasch zur Gewinnrealisierung veranlassen, was dann einen weiteren Kursverfall auslösen würde. Dies würde insofern auf die reale Wirtschaft zurückwirken, als der Kurswert der Aktien ja in vielen Fällen die Basis für Kredite ist, die bei einem globalen Kursverfall schrumpfen würde.

3. Lage der Arbeiterklasse

3. Lage der Arbeiterklasse

3.1 Löhne und Gehälter

Die tariflichen Arbeitseinkommen sind 1985 nicht stärker angestiegen als im Vorjahr. Gegen Jahresende, im letzten Quartal 1985, lag das Niveau der Tarifverdienste nur noch um 2,3 Prozent über dem Vorjahresstand.

Tariflohn- und -gehaltsniveau¹

1980	1981	1982	1983	1984	1985
+6,6	+5,4	+4,0	+3,3	+2,7	+2,7

¹ Auf Monatsbasis, in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, IId.)

Allerdings gilt das nur für die Monateinkommen – die tariflichen Stundenlöhne haben sich etwas stärker erhöht als im Vorjahr. Ihr Niveau war 1985 um 3,4 Prozent höher als 1984. Dies ist eine Folge der Wochenarbeitszeitverkürzung, die 1985 wirksam geworden ist. Immerhin ist es den Gewerkschaften gelungen, einen teilweisen Lohnausgleich durchzusetzen.

Dies reichte aber nicht aus, um im Jahresdurchschnitt einen Rückgang der Nettoeinkommen und -gehälter je Beschäftigten (bereinigt um die Inflation) zu verhindern. Entgegen den Erwartungen sind die so definierten Reallöhne 1985 nochmals, also im sechsten Jahr hintereinander, um etwa ein halbes Prozent zurückgegangen.

Reallohnentwicklung¹

	1980	1981	1982	1983	1984	1985
Bruttolohn- und -gehaltssumme	+8,6	+4,6	+2,2	+2,1	+3,2	+3,8
Nettolohn- und -gehaltssumme	+6,8	+3,8	+1,0	+0,5	+1,7	+2,3
Je Beschäftigten	+5,2	+4,5	+2,9	+2,2	+1,6	+1,7
Inflationsrate	+5,5	+5,9	+5,3	+3,0	+2,4	+2,2
Realeinkommen je Beschäftigten	-0,3	-1,4	-2,4	-0,8	-0,8	-0,5

¹ Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr, lt. Neuberechnung des Statistischen Bundesamtes (Quelle: Wirtschaft und Statistik, lfd.; DIW-Wochenbericht 1-2/86)

Immerhin ist bemerkenswert, daß die Summe der Nettoarbeitseinkommen 1985 erstmals seit 1980 wieder real angestiegen ist: Dies ist die Folge eines leichten Beschäftigungsanstiegs, nachdem in den Jahren vorher die Beschäftigtenziffern zurückgegangen waren bzw. bestenfalls stagniert hatten. Es wird weiter unten, im Abschnitt 3.5 Beschäftigung und Arbeitsmarkt, gezeigt werden, daß diese Beschäftigungsausweitung zu einem großen Teil eine Folge der Wochenarbeitszeitverkürzung ist. Somit haben die gewerkschaftlichen Erfolge im Punkt der Wochenarbeitszeit auch zu einer gewissen Stabilisierung der privaten Kaufkraft beigetragen.

Für 1986 zeichnet sich erstmals seit 1979 wieder eine Erhöhung der Reallohne ab: Bei tariflichen Lohnerhöhungen zwischen drei und vier Prozent – wie z. B. im öffentlichen Dienst – würde sich eine Erhöhung der Reallohne (d. h. der Kaufkraft der Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten) um rund zwei Prozent ergeben.

Dabei sind folgende Faktoren zu beachten:

– Die Steuerreform stoppt für ein Jahr die Lohnsteuerprogression, d. h., die Nettolöhne steigen etwa gleich stark wie die Bruttolöhne.

– Eine leichte relative Entlastung durch die Steuerreform wird weitgehend kompensiert durch die Erhöhung der Krankenkassenbeiträge.

– Die günstige Entwicklung der Importpreise, die sinkenden Rohstoffpreise führen zu einer vergleichsweise niedrigen Inflationsrate, die für 1986 mit rund zwei Prozent erwartet wird.

– Die Arbeitsproduktivität je Beschäftigten soll sich um rund zwei Prozent erhöhen.

– Für die Summe der „Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ wird 1986 ein Anstieg um zehn Prozent erwartet, d. h. doppelt so stark wie für die Summe aus Löhnen und Gehältern.

Bei einer durchschnittlichen Erhöhung der Effektivemkommen je Beschäftigten um vier Prozent würde sich also eine Realeinkommenserhöhung je Beschäftigten um etwa zwei Prozent errechnen. Dies entspräche gerade der erwarteten Erhöhung der Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen. Die Verteilungsrelationen würden sich weiter deutlich zugunsten der Gewinne verschieben. Die Reallohne würden auch dann noch um etwa vier Prozent unter dem Stand von 1979 bleiben, denn diese sind in den sechs Jahren zuvor um rund sechs Prozent zurückgegangen.

3.2 Preise

Die Preisentwicklung gehört zu den Wirtschaftsdaten, bei denen die Bundesregierung zumindest äußerlich von „Erfolgen“ sprechen kann. Der Preisanstieg hat sich seit Herbst 1985 nochmals deutlich verlangsamt, der Preisindex der Lebenshaltung aller Haushalte – in der Regel abkürzend als Inflationsrate bezeichnet – ist im Jahres-

durchschnitt von 1985 nur noch um 2,2 Prozent angestiegen. Man muß bis Ende der sechziger Jahre zurückgehen, um niedrigere Inflationsraten zu finden.

Ausgewählte Preisindizes¹

	Lebenshaltung	Industriepreise	Landwirtschaftliche Erzeugerpreise	Einzelhandelspreise	Importpreise
1980	+5,5	+7,6	+1,7	+5,4	+17,1
1981	+5,9	+7,7	+6,0	+5,3	+14,0
1982	+5,3	+5,7	+4,4	+4,8	+1,5
1983	+3,0	+1,5	-2,5	+2,4	0,0
1984	+2,4	+2,9	-1,2	+2,1	+6,0
1985	+2,2	+2,2	-5,0	+1,4	+1,5

¹ Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr (Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Im Februar 1986 lag der Preisindex sogar nur noch um 1,3 Prozent über dem Vorjahresstand. Der Rückgang der Benzin- und Heizölpreise wirkt vor allem stabilisierend, aber auch die Nahrungsmittelpreise sind vielfach niedriger als im Vorjahr. Die vergleichsweise günstige Preisentwicklung ist jedoch keineswegs ein Verdienst der Wirtschaftspolitik. Es kommen vielmehr verschiedene Faktoren zusammen, von denen die Bundesregierung allerdings propagandistisch profitieren kann.

Dazu gehören vor allem die Rohstoffpreise. Der HWWA-Index der Rohstoffpreise lag im Januar (bei Einschluß des Öls) auf Dollarbasis um zwei Prozent unter dem Vorjahresstand. Da aber gleichzeitig der Dollar gegenüber der DM kräftig abgewertet worden ist – zwischen Januar 1985 und Januar 1986 ist der Kurs des Dollars von knapp 3,20 DM auf etwa 2,40 DM, also um ein Drittel, gesunken –, haben sich die Rohstoffeinfuhren für die Bundesrepublik entsprechend verbilligt. Hinzu kommt der Preisverfall für Rohöl, der sich im Januar/Februar 1986 beschleunigt vollzogen hat. War schon der offizielle OPEC-Preis zwischen 1981 und 1985 von 34 auf 28 Dollar je Barrel (= 159 Liter) gesunken, so war Rohöl Anfang Februar auf den „Spotmärkten“ teilweise für 16 Dollar zu haben. Zwar ist nicht wahrscheinlich, daß der Rohölpreis auf Dauer so niedrig bleiben wird. Aber zunächst wird sich dieser – für die Bundesrepublik durch den Kursanstieg der DM potenzierte – Preisverfall erheblich auf die Benzin- und Heizölpreise auswirken. Im Januar 1986 war die Tonne Rohöl mit 493 DM 26 Prozent billiger als im Januar 1985. So waren die Importpreise insgesamt im Januar 10 Prozent niedriger als im Vorjahr.

Hintergrund der hektischen Preisbewegungen bei Rohöl und auch bei anderen Rohstoffen ist das Bemühen der imperialistischen Länder und der Konzerne, auf den Rohstoffmärkten wieder dem „Markt“ zum Sieg zu verhelfen. Im vergangenen Jahrzehnt hatten die Entwicklungsländer versucht, entweder Rohstoffkartelle zu bilden oder durch Rohstofffonds eine gewisse Preisstabilisierung zu erreichen. Die Rohstoffpreisstabilisierung ist ein Kernstück der Forderungen der Entwicklungsländer nach einer „Neuen Weltwirtschaftsordnung“. Immerhin war es mit Hilfe solcher Preisregulierungen gelungen, zwischen 1970 und 1980 die realen Rohstoffpreise, d. h. das Verhältnis der Industriepreise zu den Rohstoffpreisen, stabil zu halten. Kein besonders eindrucksvoller Erfolg, aber immerhin eine Stabilisierung gegenüber den vorangegangenen Jahrzehnten, in denen sich das Preisverhältnis tendenziell immer mehr zugunsten der Industriepreise verschoben hatte: Industriewaren waren teurer, Rohstoffe relativ dazu billiger geworden.

Seit 1980 hat sich das Preisverhältnis aber wieder zuungunsten der Entwicklungsländer verschoben, bei starker Beschleunigung im letzten Jahr. Inzwischen liegen die „realen“ Rohstoffpreise, gemessen an den Preisen für Industriewaren, um etwa zehn Prozent unter dem Stand von 1980.

Die „Erfolge“ der kapitalistischen Industrieländer im Kampf gegen die Inflation, die seit dem Beginn der achtziger Jahre triumphierend als positives Ergebnis der Stabilitätspolitik verkündet werden, sind also in erheblichem Umfang einfach die Folge einer Umverteilungspolitik zu Lasten der Entwicklungsländer. Dies drückt sich auch in Form einer beschleunigten Inflation dort aus: Während darauf verwiesen wird, daß die „Inflationsrate“ in den kapitalistischen Ländern inzwischen auf knapp fünf Prozent jährlich gedrückt werden konnte, hat sie sich z. B. in Lateinamerika von jährlich 85 Prozent 1982 auf 330 Prozent 1985 verdreifacht. Von einer Zunahme der Preisstabilität kann weltweit jedenfalls nicht gesprochen werden.

3.3 Einkommensverteilung

Der Anteil der „Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit“ am Volkseinkommen wird trotz der erheblichen Berechnungsprobleme bei dieser statistischen Kategorie als „Lohnquote“ in den Mittelpunkt der verteilungspolitischen Diskussion gestellt. Verfolgt man die Entwicklung seit 1981, so fällt auf, daß über den ganzen Zyklus hinweg die Lohnquote gesunken ist, und zwar noch wesentlich stärker als in der Periode 1975 bis 1979.

Lohnquoten¹

	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit		Nettolohn- und -gehaltssumme	
	Tatsächliche Lohnquote	Bereinigte Lohnquote ²	Tatsächliche Lohnquote	Bereinigte Lohnquote
1960	60,1	60,1	43,7	43,7
1970	68,0	62,9	45,0	41,7
1975	73,1	66,1	44,2	40,0
1979	71,5	63,4	41,9	37,2
1980	73,5	64,9	42,4	37,5
1981	74,4	65,6	42,6	37,6
1982	73,8	65,2	41,8	37,0
1983	71,8	63,7	40,0	35,5
1984	70,8	62,8	38,9	34,5
1985	69,9	62,0	37,8	33,5

¹ Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen
² Bei konstant gehaltenem Anteil der Abhängigen an den Erwerbstätigen 1960 (Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1; Wirtschaft und Statistik, 1/1986; Jahresgutachten 1985/86 des Sachverständigenrates, S. 53)

1985 wurde ein Stand erreicht, wie er zuletzt in den sechziger Jahren registriert worden war. Der relative Verteilungserfolg, den die Gewerkschaften Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre durchsetzen konnten, ist inzwischen jedenfalls mehr als rückgängig gemacht worden.

Legt man die Prognosen für 1986 zugrunde, so soll die Umverteilung zu Lasten der Arbeiter und Angestellten auch 1986 weitergehen. Bei Tarifabschlüssen um dreieinhalb bis vier Prozent würde die unbereinigte Bruttolohnquote 1986 auf wenig mehr als 69 Prozent fallen.

3.4 Arbeitskämpfe 1985/86

Betrachtet man die amtlichen Arbeitskämpfdaten zu 1985, so erscheint dieses Jahr, verglichen mit den Vorjahren, als eine außerordentlich ruhige Periode. Lediglich das vierte Quartal wurde durch einen etwas umfangreicheren Arbeitskampf – den viertägigen Streik bei der Lufthansa – geprägt.

Arbeitskämpfe in der BRD 1981–1985

Jahr	Beteiligte	Ausfalltage
1981	253 334	58 398
1982	39 981	15 106
1983	94 070	40 841
1984	537 265	56 175 595
1985, 1.–3. Quartal	2 279	6 323

(Quelle: Statistische Jahrbücher der BRD 1982 bis 1985; ANBA Nr. 5, 8 und 11/1985)

Allerdings wird mit diesen Daten nicht die ganze Realität sozialer Konflikte und Bewegungen erfaßt. Nicht berücksichtigt sind zahlreiche Warnstreiks und betriebliche Aktionen in unterschiedlichen Konfliktfeldern. Vor allem zwei Ereignisse im Herbst 1985 zeigten einen beachtlichen Mobilisierungsradius der Gewerkschaftsbewegung: Hierzu gehört einmal der Aktionstag des DGB am 19. Oktober gegen die Bonner Wendepolitik. Über 600 000 Gewerkschafter nahmen an den Kundgebungen und Demonstrationen teil. Den zweiten Höhepunkt der Mobilisierung bildeten betriebliche Aktionen und Streiks am 9. und 10. Dezember, an denen sich über 500 000 beteiligten und die sich gegen die geplante Aushöhlung des Streikrechts durch eine Veränderung des § 116 AFG richteten.

Arbeitskämpfe in der BRD 1985

	Betriebe	Beteiligte	Ausfalltage
1. Quartal	5	1397	2544
2. Quartal	5	660	1136
3. Quartal	10	222	2643
1.–3. Quartal	20	2279	6323

Quelle: ANBA Nr. 5, 8 und 11/1985

Auch im ersten Quartal 1986 wurde diese Mobilisierung, die faktisch auf die Wahrnehmung eines politischen Streikrechts hinausläuft, fortgesetzt. Als die CDU/FDP-Regierung die Gesetzesänderung im Eilverfahren durchzusetzen versuchte und für den 5. Februar schon die erste Lesung im Bundestag festlegte, streikten am 4. Februar ca. 320 000 und am 5. Februar ca. 200 000 Beschäftigte in der Metallindustrie.

Zeitgleich mit diesen politischen Streikaktionen verliefen im öffentlichen Dienst, bei der Post und der Bahn bundesweite Warnstreiks im Rahmen der Tarifbewegung. Am 3. und 4. Februar streikten in diesen Bereichen mehrere hunderttausend Beschäftigte, zum Teil wie im Nahverkehr mehrere Stunden lang. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes hatten die diesjährige Tarifrunde mit Forderungen nach Einkommensverbesserungen im Volumen von 6 Prozent eingeläutet. Dabei sollte insbesondere eine wirksame soziale Komponente durchgesetzt und die Kürzung der Ausbildungsvergütungen in der Krankenpflege rückgängig gemacht werden, die als ein willkürlicher Eingriff in das erreichte Tarifniveau bezeichnet wurde.

Nach den Warnstreiks wurde am 7. Februar eine Einigung erzielt: Im Gegensatz zum ersten Angebot von Minister Zimmermann, das eine Einkommenssteigerung von nicht einmal 2,6 Prozent auf zwölf Monate beinhaltet hätte, wurden nunmehr Lohn- und Gehaltserhöhungen von 3,5 Prozent und eine soziale Komponente von etwa 0,7 Prozent vereinbart. Zur sozialen Komponente gehören Erhöhungen der allgemeinen Zulagen und des Urlaubsgeldes für untere Einkommensgruppen.

Damit erhöhen sich für fast 2,7 Millionen Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst, bei Post und Bahn die Realeinkommen um durchschnittlich mindestens 2 Prozent. Die Kürzung der Ausbildungsvergütungen in der Krankenpflege, deren Rücknahme die ÖTV als eine grundsätzliche Frage betrachtet hatte, wurde nur zum Teil erreicht: Ab 1. Januar 1986 werden die Vergütungen nicht mehr um ein Drittel, sondern um knapp 9 Prozent gekürzt und auf mindestens drei Jahre festgeschrieben.

Der Tarifabschluß im öffentlichen Dienst wird kein Präjudiz für die privatwirtschaftlichen Bereiche sein, in denen wie in der Metallindustrie Produktivität und Gewinne besonders stark gestiegen sind. Die IG Metall hat ein Forderungsvolumen in einer Bandbreite von 6 bis 7,5 Prozent beschlossen, in das mehrere regionale Tarifkommissionen einen Mindestbetrag als soziale Komponente einbezogen.

3.5 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Im Jahresverlauf von 1985 hat die Beschäftigung in der Gesamtwirtschaft erstmals seit 1980 wieder nennenswert zugenommen.

Die Beschäftigungszunahme 1985 resultiert allein aus der Expansion bei den Dienstleistungen und beim Staat, im Produzierenden Gewerbe steht einer Zunahme bei einigen Investitionsgüterindustrien eine Abnahme bei verschiedenen Konsumgüterindustrien und vor allem in der Bauwirtschaft gegenüber.

Im Jahresverlauf 1985 hat sich der Beschäftigungsanstieg verstärkt, was die saisonbereinigten Ziffern belegen. Im vierten Quartal 1985 waren demnach etwa 270 000 Beschäftigte mehr gezählt als im vierten Quartal 1984. Davon entfielen 150 000 auf das verarbeitende Gewerbe, fast ausschließlich auf die Investitionsgüterindustrien. Während die Bundesregierung den Beschäftigungsanstieg auf ihr Erfolgskonto bucht, zeigt aber ein genauerer Blick, daß es vor allem die Wochenarbeitszeitverkürzung war, die den Beschäftigungsanstieg verursacht hat.

Die Schätzungen über die Auswirkungen fallen stark auseinander. Während von Unternehmerseite der Effekt mit etwa 13 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen angegeben wird – man erinnere sich, daß die Unternehmer demgegenüber negative Beschäftigungswirkungen angekündigt hatten –, sprechen die Gewerkschaften von etwa

Erwerbstätigkeit¹

	Insgesamt	darunter: Abhängige	darunter: Produktion	Hand./Verk.	Dienstleist.	Staat ²
1980	26 328	23 009	10 966	4 222	2 828	4 699
1981	26 144	22 869	10 723	4 199	2 880	4 773
1982	25 709	22 436	10 314	4 100	2 893	4 828
1983	25 331	22 057	9 945	4 014	2 913	4 879
1984	25 346	22 064	9 854	4 008	2 975	4 915
1985	25 547	22 253	9 855	4 010	3 078	4 993

1 In 1000 Personen

2 Einschließlich private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbszweck
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Ifd.)

100 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen allein im Bereich der Metallindustrie. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) mißt der Wochenarbeitszeitverkürzung ebenfalls erhebliche Entlastungseffekte zu: „So wäre die Anzahl der registrierten Arbeitslosen ohne die genannte Wochenarbeitszeitverkürzung im Jahre 1985 um etwa 40 000 und im Jahre 1986 um etwa 30 000 Personen höher zu veranschlagen“ (IAB-Mitteilungen 4/1985, S. 414). Der Beschäftigungseffekt ist aber viel höher zu veranschlagen, da die zusätzlichen Arbeitsplätze auch aus der „stillen Reserve“, also durch nichtregistrierte Arbeitskräfte, besetzt wurden.

Daß die Wochenarbeitszeitverkürzung sehr hohe Beschäftigungseffekte hat, daß die Befürchtungen, sie würde durch mehr Überstunden oder durch Arbeitsintensivierung kompensiert, nicht eingetreten sind, zeigt ein Blick auf die Entwicklung der Arbeitsproduktivität.

Entwicklung der Arbeitsproduktivität¹

	1983	1984	1985	1986 ²
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen	+2,6	+2,5	+1,6	+2,0
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde	+2,5	+2,9	+2,8	+2,8

1 Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr

2 Schätzung des IAB

(Quelle: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 1 und 4/1985)

Es zeigt sich, daß die Periode der Konjunkturbelbung, die 1983 eingesetzt hat, mit einer relativ gleichmäßigen Entwicklung der Stundenproduktivität verbunden war. Auch 1985, also dem Jahr der Einführung der Wochenarbeitszeitverkürzung bei Metall und Druck, stieg die Stundenproduktivität nicht stärker als in den Vorjahren. Dies hätte der Fall sein müssen, wenn die Unternehmen den Kosteneffekt der Arbeitszeitverkürzung hätten durch Arbeitsintensivierung auffangen können. Dagegen ist die Entwicklung der Arbeitsproduktivität je Beschäftigten 1985 wesentlich langsamer gewesen als in den Vorjahren: ein durch die Arbeitszeitverkürzung bewirkter (und angestrebter) Effekt. Ohne die Arbeitszeitverkürzung wäre die Produktivität je Erwerbstätigen aber ähnlich stark gestiegen wie in den Vorjahren und ähnlich stark wie die Stundenproduktivität. Das heißt: Bei einer Erhöhung der Beschäftigtenproduktivität wie im Vorjahr, also um 2,5 Prozent, wäre der Bedarf an Erwerbstätigen um 0,9 Prozent niedriger gewesen. Dabei sind natürlich auch Effekte vermehrter Teilzeitarbeit zu berücksichtigen. Das IAB beziffert den Volumeneffekt der Wochenarbeitszeitverkürzung allein auf 0,6 Prozent 1985 und 0,5 Prozent 1986. Das heißt: **Ohne die Wochenarbeitszeitverkürzung wären für die Erzeugung des Bruttoinlandsprodukts von 1985 etwa 0,6 Prozent weniger Beschäftigte notwendig gewesen, als es tatsächlich der Fall war.** Bezogen auf die abhängig Beschäftigten errechnet sich daraus ein positiver Beschäftigungseffekt der Wochenarbeitszeitverkürzung in allen Bereichen von etwa 130 000 Personen. Diese Zahl entspricht fast dem rechnerischen Effekt der Arbeitszeitverkürzung: Bei etwa vier Millionen Begünstigten im Jahre 1985 wäre der rechnerische Beschäftigungseffekt einer Arbeitszeitverkürzung um anderthalb Stunden in der Woche etwa 150 000 Beschäftigte. Auch würde diese Überschlagsrechnung etwa die Schätzung der IG Metall bestätigen, die allein in der Metallverarbeitung einen positiven Effekt von gut 100 000 Arbeitsplätzen errechnet hat. Dabei ist zu berücksichtigen, daß neben Druck und Stahl/Metall mehrere kleinere Bereiche ebenfalls Wochenarbeitszeitverkürzungen für 1985 durchsetzen konnten und daß die erst 1986 in Kraft tretenden Verkürzungen auch schon 1985 Beschäftigungseffekte hatten.

Die registrierte Arbeitslosigkeit ist 1985 nochmals leicht angestiegen.

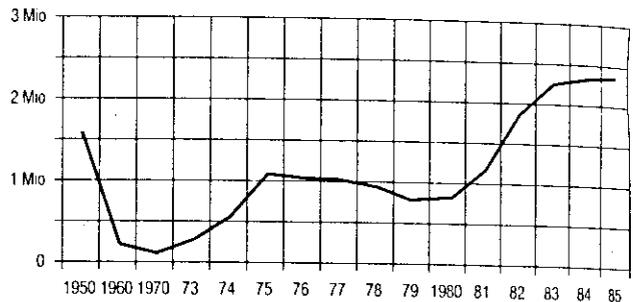
Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik¹

1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985
1074	1060	1030	993	876	889	1272	1833	2258	2266	2304

1 Registrierte Arbeitslose, in 1000

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Arbeitslosigkeit in der BRD



IMSF

Arbeitsmarktbilanz¹

	1983	1984	1985	1986 ²
Registrierte Arbeitslose	2258	2266	2304	2225
Stille Reserve	1118	1274	1230	1193
ABM ³	67	105	127	140
Berufliche Weiterbildung ³	117	124	130	150

1 In 1000 Personen

2 Prognose des IAB

3 Beschäftigungswirkung

(Quelle: IAB-Mitteilungen, 4/1985, S. 411 ff.)

Die tatsächliche Arbeitslosigkeit hat sich 1985 gegenüber dem Vorjahr nicht verändert, klammert man die Ausweitung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und die Erweiterung der Umschulungskurse für Arbeitslose aus.

Für 1986 wird erstmals seit 1979 wieder ein merklicher Rückgang der Arbeitslosenziffern um (gemessen an der tatsächlichen Arbeitslosigkeit = Registrierte + „stille Reserve“) etwa 120 000 Betroffene erwartet – wobei dies zu mehr als einem Viertel wieder auf die erneute Ausweitung von ABM- und Umschulungsmaßnahmen zurückzuführen wäre.

Arbeitsmarkt 1984/1985

	Arbeitslose		Kurzarbeiter		Offene Stellen	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Oktober	2149	+ 4	127	- 124	112	+ 26
November	2211	+ 22	160	- 97	110	+ 28
Dezember	2347	+ 22	184	- 84	110	+ 30
Januar	2590	- 29	263	- 204	122	+ 34

(1) In 1000 Personen

(2) Veränderungen in 1000 gegenüber dem Vorjahr

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Auch die monatlichen Ziffern signalisieren keine arbeitsmarktpolitische Entlastung:

Im Januar 1986 lag die registrierte Ziffer etwas unter dem Stand vom Januar 1985, es sind aber einige Änderungen in der Statistik (nicht mehr gezählt werden Arbeitslose ab 58 Jahren ohne Vermittlungswunsch, ebenso Frauen, die Arbeitslosenhilfe erhalten, wegen der Betreuung eines Kindes aber der Vermittlung nicht zur Verfügung stehen) zu berücksichtigen, durch die die registrierte Ziffer tendenziell gedrückt wird.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Oberlindau 15, 6000 Frankfurt am Main 1.

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg, Klaus Pickshaus. Der Abschnitt 1.1 wurde von Elvio Dal Bosco verfaßt.

Abschlußtermin dieses Berichts: 14. 2. 1986. Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der Nachrichten-Verlags-GmbH, Kurfürstenstr. 18, Postfach 9007 49, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 40,- DM einschließlich Zustellgebühr enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 3,- DM. Jahresabonnement 12,- DM einschließlich Zustellgebühr.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.